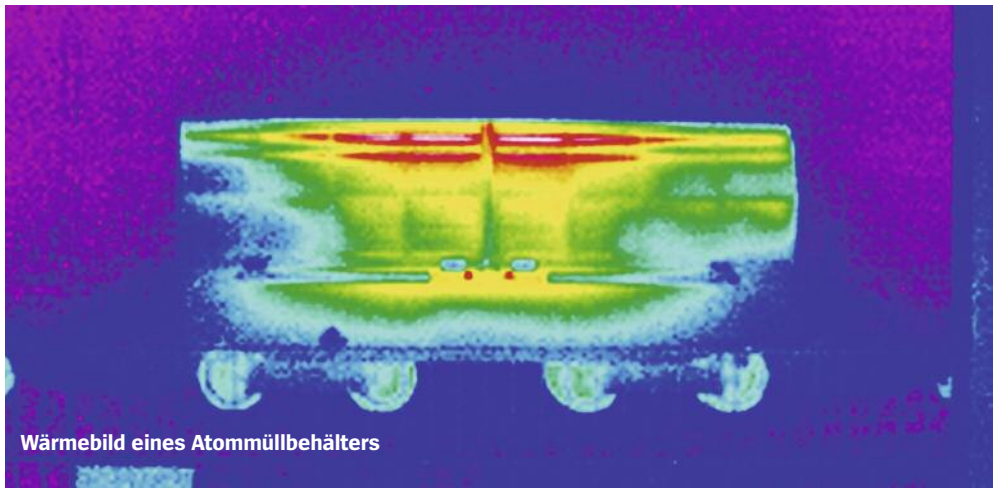
Badeverbot

„Wir sind keine Hilfssheriffs“

Armin Jäger, 73, Jurist, Exinnenminister von Mecklenburg-Vorpommern und Präsident des DLRG-Landesverbands, über Bußgelder für leichtsinnige Badegäste

SPIEGEL: Mehrere Menschen sind in den vergangenen Tagen in der Ostsee gestorben, nun wird über ein Bußgeld für leichtsinnige Schwimmer diskutiert. Was halten Sie von dem Vorschlag?
Jäger: Ich kann ihn gut nachvollziehen. Früher wollte ich kein Bußgeld am Strand. Ich dachte, es sei genug, an die Vernunft der Badegäste zu appellieren. Ich habe mich geirrt.
SPIEGEL: Das heißt, am Strand drohen uns bald Knöllchen?
Jäger: Nicht so schnell. Das Bußgeld ist zwar eine gute Idee, und aus juristischer Sicht dürfen die Gemeinden es auch verhängen. Aber in der Praxis wird es kaum umsetzbar sein. Das fängt schon mit den Personalien an, es trägt ja niemand seinen Ausweis in der Badehose. Und wer soll die Ordnungswidrigkeiten überhaupt ahnden? Unseren Rettungsschwimmern will ich das nicht zumuten.
SPIEGEL: Inwiefern wäre das eine Zumutung?
Jäger: „Sie haben mir gar nix zu sagen!“ Das ist so ein typischer Pöbelsatz, den unsere überwiegend sehr jungen Rettungsschwimmer am Strand hören. Sie werden kaum als Autoritäten wahrgenommen und sind auch nicht für Konfliktsituationen ausgebildet. Wir holen Leute aus dem Wasser, wir sind keine Hilfssheriffs.
SPIEGEL: Wer soll Ihrer Meinung nach dann am Strand patrouillieren?
Jäger: Darum müssen sich die Gemeinden kümmern. Aber für regelmäßige Kontrollen – und nur dann ist eine Strafe sinnvoll – fehlen Geld und Personal. Ich habe noch keine Lösung in petto. Aber es darf nicht sein, dass die Menschen weiter so unvernünftig sind. Sie gefährden ja nicht nur sich selbst, sondern auch die Rettungsschwimmer.
SPIEGEL: Wie teuer könnte ein Verstoß gegen die Vernunft werden?
Jäger: Ein Bußgeld zwischen 50 und 1000 Euro halte ich für realistisch. Letzteres zum Beispiel, wenn jemand seine Kinder trotz roter Flagge mit ins Wasser nimmt. aar



Wärmebild eines Atommüllbehälters

Atomkraft

Ohne Castoren kein Rückbau

Die Zulassung von Transportbehältern (Castoren) für Brennelemente aus Siedewasserreaktoren verzögert sich weiter. Das räumte die Bundesregierung gegenüber der Grünen-Bundestagsabgeordneten Sylvia Kotting-Uhl ein. Grund seien fehlende Antragsunterlagen der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS), die den großen Stromkonzernen gehört. Eigentlich sollte das Verfahren seit Ende März abgeschlossen sein. Die Castoren sind wichtig, um die im Zuge der Energiewende stillgelegten Reaktoren von Kernbrennstoff räumen zu können. Inzwischen gehen manche Betreiber offenbar davon aus, dass dies erst ab 2020 der Fall sein wird. Ein GNS-Sprecher bestätigte die Verzögerung, er rechne aber mit einer Zulassung in den kommenden Wochen. mif

Affären

Betrug mit Autopaket?

Der Düsseldorfer Kunsthändler Helge Achenbach, der nach Betrugsvorwürfen in Untersuchungshaft sitzt, sieht sich einem neuen Verdacht ausgesetzt. Nachdem Babette Albrecht, Witwe des 2012 verstorbenen Aldi-Erben Berthold Albrecht, schon im April Strafanzeige gegen Achenbach erstattet hatte, weil der beim Einkauf von Kunstwerken und Oldtimern für ihren Mann betrogen haben soll, reichten die Anwälte der Discounter-Dynastie nun eine Zivilklage über 19,3 Millionen Euro ein. Darin wird erstmals der Verdacht geäußert, dass Achenbach bei einem Paketkauf von Oldtimern getrickst haben könnte. Den Albrecht-Anwälten zufolge hatte eine Achenbach-Firma im August 2012 bei einem Händler in Süddeutschland sieben Oldtimer für insgesamt 16,8 Millionen Euro eingekauft. Zwei der Fahrzeuge, ein Ferrari 250 Berlinetta und ein Ferrari 250 California Spider, die Achenbach an Albrecht weiterverkaufte, sollen mit überzogenen Preisen einen besonders hohen Anteil am Paket ausgemacht haben. Dagegen sollen fünf weitere Fahrzeuge, die Achenbach in seiner Firma State of the Art behielt, umso billiger berechnet worden sein. Zum Beleg verweist die Albrecht-Seite in ihrer Klage auf die Mail eines Achenbach-Vertrauten an Achenbach und dessen Buchhaltung. Darin hieß es unter der Betreffzeile „Fahrzeug-Bepreisung“ zu den fünf Fahrzeugen für die State of the Art, man habe bei ihrem Preis das „Geringste“ genommen, was irgendwie gehe. Daraufhin folgen eine Liste mit Einzelpreisen für diese fünf Typen und der Satz: „Macht in Summe 974 000 Euro – alles darunter ist höchstverdächtig …“ Eine Achenbach-Sprecherin wollte dazu keine Stellung nehmen, da man den Vorgang bisher nicht kenne. Achenbach selbst hat bisher sämtliche Vorwürfe zurückgewiesen. Insbesondere habe er nicht hinter dem Rücken von Berthold Albrecht versteckte Gewinnmargen beim Einkauf von Kunstwerken und Oldtimern kassiert. Mit einer Haftbeschwerde waren seine Anwälte vergangene Woche gescheitert. amp, bas, gla, js

Achenbach

FOTOS S. 14: NILS BAHNSEN (O.L.); GREENPEACE / DPA (O.R.); ANDREAS ENDERMANN / DPA (U.); S. 15: RALF KOPP (O.); TIM WEGNER / DER SPIEGEL (U.)